

ÖFFENTLICHES RECHT

Beamtenrecht in Nordrhein-Westfalen

**Fachbuch
mit praktischen Übungen und Lösungen**

7. vollständig überarbeitete Auflage

**von
Alfons Gunkel
Boris Hoffmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2016 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Vorwort zur 7. Auflage

Die 6. Auflage des Lehrbuchs erschien im Jahre 2014. Mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz vom 14.06.2016 wurde, aufbauend auf den bereits zur Umsetzung der Föderalismusreform von 2006 ergriffenen Maßnahmen, wie der Verabschiedung des Dienstrechtsanpassungsgesetzes vom 16.05.2013 und der Überleitung des Besoldungs- und Versorgungsrechtes, das öffentliche Dienstrecht in Nordrhein-Westfalen neu geordnet und weiterentwickelt. Durch das Gesetz wurden Änderungen in 42 Gesetzen und Verordnungen vorgenommen, die sich im Wesentlichen auf Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht beziehen.

Als zentrale Inhalte im Bereich des Dienstrechts sind dabei zu nennen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Flexibilisierung von Arbeitszeit und Freistellungsregelungen, die Anpassung der Laufbahngruppenstruktur an die Entwicklung im Hochschulbereich, die Verbesserung der Karrierechancen von Frauen, die Verankerung von Personalentwicklung, Fortbildung und behördlichem Gesundheitsmanagement im Gesetz und die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Spezialisten. Im Bereich des Besoldungsrechts wurden neben der Zusammenfassung des Übergeleiteten Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen mit dem bisherigen Landesbesoldungsgesetz eine Vielzahl von einzelnen Änderungen vorgenommen, wie z. B. die Neuregelung des Familienzuschlages der Stufe 1, die Anpassung der Wartefrist für die Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes und die Verbesserung der Besoldung des bisherigen einfachen Dienstes. Wesentliche Änderungen im Versorgungsrecht haben sich durch die Überarbeitung, Bereinigung und Neustrukturierung des 2013 in Landesrecht übergeleiteten Beamtenversorgungsrecht mit Änderungen bei der Berücksichtigung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten, der Vereinfachung von Kindererziehungs- und Pflegezuschlägen sowie der Integration der Regelungen zur Versorgungslastenteilung ergeben.

Auf der Basis der getroffenen Änderungen im Landesbeamtengesetz wurde die Laufbahnverordnung am 21.06.2016 neu gefasst. U. a. wurden unter Aufrechterhaltung des Laufbahnprinzips eine Reduzierung der Zahl der Laufbahngruppen, eine Anpassung an neue Studienstrukturen und Studiengängen bei den Hochschulen sowie wesentliche Änderungen zur Förderung der beruflichen Entwicklung vorgenommen.

Das Buch ist unter Berücksichtigung der genannten Gesetzesänderungen sowie der neueren Literatur und Rechtsprechung auf den aktuellen Stand (Oktober 2016) gebracht worden. Hinweise auf Fehler und Anregungen bzw. Verbesserungsvorschläge sind ausdrücklich erwünscht. Bitte nehmen Sie diesbezüglich Kontakt zu den Autoren gunkel@t-online.de oder boris.hoffmann@fhoev.nrw.de auf.

Das Buch richtet sich sowohl an Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW als auch an den nordrhein-westfälischen Studieninstituten. Aufgrund seiner umfassenden Aufarbeitung des gesamten nordrhein-westfälischen Beamtenrechts ist es darüber hinaus auch für Verwaltungspraktiker von Nutzen.

Beibehalten wurden auch in dieser Auflage zwei wesentliche Prinzipien eines traditionellen Lehrbuches. Nach der systematischen und strukturierten Aufbereitung der Rechtsmaterie folgen Übungen und Lösungen zur Vertiefung und Selbstkontrolle. Die praktischen Übungen sind vor allem für Studierende an Fachhochschulen und Studieninstituten gedacht, können aber auch Praktikern in Personalverwaltungen eine Hilfe sein.

Obwohl sich die Verfasser inhaltlich und sprachlich der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet fühlen, wurde in diesem Lehrbuch zur besseren Lesbarkeit gleichwohl darauf verzichtet, alle Begriffe zu „gendern“. Wir hoffen auf das Verständnis der Leserinnen und Leser.

Dortmund und Bergheim, im Oktober 2016

Zu den Verfassern

Alfons Gunkel, vormals hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Dr. Boris Hoffmann, Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Verantwortlich für die Kapitel 5, 6, 7 und 10 ist Alfons Gunkel, für die übrigen Kapitel Prof. Dr. Boris Hoffmann.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	III
Zu den Verfassern	III
Abkürzungsverzeichnis	XVI
Literaturverzeichnis	XXV
1 Einführung einschließlich historischer Grundlagen	1
1.1 Geschichte des Beamtenrechts.....	1
1.1.1 Geschichtliche Entwicklung bis zum 18. Jahrhundert	2
1.1.2 Geschichtliche Entwicklung seit 1849.....	4
1.1.2.1 Reichsverfassung von 1849	4
1.1.2.2 Verfassung des Deutschen Reiches von 1871	4
1.1.2.3 Verfassung des Deutschen Reiches von 1919	5
1.1.2.4 Beamtenrecht im Nationalsozialismus.....	6
1.1.3 Entwicklung des Beamtenrechts in der Bundesrepublik Deutschland.....	8
1.1.4 Zusammenfassung.....	16
1.1.5 Europäische Entscheidungen mit Auswirkungen auf das Beamtenrecht.....	16
2 Rechtsquellen	17
2.1 Rechtsquellen des Beamtenrechts	17
2.1.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen.....	17
2.1.1.1 Der Beamte als Grundrechtsträger	18
2.1.1.2 Artikel 33 Grundgesetz.....	19
2.1.1.2.1 Eignungs-, Leistungs- und Gleichheitsprinzip.....	20
2.1.1.2.2 Vorbehalts- und Institutionsprinzip	22
2.1.1.2.3 Regelungs- und Fortentwicklungsprinzip (Grundsätze des Berufsbeamtentums).....	24
2.1.2 Sonstige Rechtsquellen	37
2.1.2.1 Bundesrecht	37
2.1.2.1.1 Bundesrecht für Bundesbeamte	38
2.1.2.1.2 Sonstiges Bundesrecht für Beamte in der Bundesrepublik Deutschland	38
2.1.2.1.3 Bundesrecht mit beamtenrechtlichen Inhalten	39
2.1.2.2 Landesrecht Nordrhein-Westfalen	39
3 Grundbegriffe des Beamtenrechts	42
3.1 Beamtenbegriff	42
3.1.1 Beamtenbegriff im staatsrechtlichen Sinne	43
3.1.1.1 Übungen	44
3.1.2 Beamtenbegriff im haftungsrechtlichen Sinne.....	45
3.1.2.1 Übung.....	46
3.1.3 Beamtenbegriff im strafrechtlichen Sinne.....	47
3.1.4 Abgrenzung der Begriffe „Beamter“ und „Arbeitnehmer“	48
3.2 Begriff des Amtes.....	49
3.2.1 Begriff des Amtes im Sprachgebrauch und organisatorischen Sinne	49
3.2.2 Begriff des Amtes im beamtenrechtlichen Sinne.....	50
3.2.2.1 Amt im statusrechtlichen Sinne	51
3.2.2.2 Amt im funktionellen Sinne.....	52

3.3	Dienstherr, Dienstherrnfähigkeit und Organe des Dienstherrn	54
3.3.1	Dienstherr	54
3.3.2	Dienstherrnfähigkeit	54
3.3.3	Organe des Dienstherrn	56
3.3.3.1	Oberste Dienstbehörde	56
3.3.3.1.1	Oberste Dienstbehörde der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen	57
3.3.3.1.2	Oberste Dienstbehörde der Beamten der Gemeinden und der Gemeindeverbände i.S. des Art. 28 Abs. 2 GG	57
3.3.3.1.3	Oberste Dienstbehörde der Beamten der übrigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	58
3.3.3.1.4	Oberste Dienstbehörde für Ruhestandsbeamte, frühere Beamte und Hinterbliebene ..	58
3.3.3.1.5	Aufgaben der obersten Dienstbehörde	58
3.3.3.2	Dienstvorgesetzte Stelle	59
3.3.3.2.1	Dienstvorgesetzte Stelle der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen	59
3.3.3.2.2	Dienstvorgesetzte Stelle der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen	60
3.3.3.2.3	Dienstvorgesetzte Stelle der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	61
3.3.3.3	Vorgesetzter	62
3.3.3.4	Landespersonalausschuss	62
3.3.3.5	Übung	63
4	Das Beamtenverhältnis	65
4.1	Rechtsnatur des Beamtenverhältnisses	65
4.2	Art des Beamtenverhältnisses	65
4.2.1	Unterscheidung nach dem Dienstherrn	65
4.2.1.1	Bundesbeamte	66
4.2.1.2	Landesbeamte	66
4.2.1.3	Kommunalbeamte	67
4.2.1.4	Sonstige Beamte	67
4.2.2	Unterscheidung nach der Dauer und Intensität der Bindung	67
4.2.2.1	Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	68
4.2.2.2	Beamtenverhältnis auf Zeit	69
4.2.2.2.1	Beamtenverhältnis auf Zeit i.S. des § 4 Abs. 3 Buchstabe a) BeamStG	70
4.2.2.2.2	Landesbeamte im Beamtenverhältnis auf Zeit	70
4.2.2.2.3	Beamte der Gemeinden, Gemeindeverbände usw. im Beamtenverhältnis auf Zeit ...	71
4.2.2.3	Beamtenverhältnis auf Probe	76
4.2.2.3.1	Beamtenverhältnis auf Probe vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	76
4.2.2.3.2	Beamtenverhältnis auf Probe bei Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion ...	79
4.2.2.4	Beamtenverhältnis auf Widerruf	81
4.2.2.5	Ehrenbeamtenverhältnis	83
4.2.3	Unterscheidung nach dem Umfang der Bindung	83
4.2.4	Unterscheidung nach der Laufbahn	84
4.2.4.1	Laufbahnbewerber	85
4.2.4.1.1	Laufbahnbewerber mit Vorbereitungsdienst und Laufbahnprüfung	85
4.2.4.1.2	Laufbahnbewerber als Beamte besonderer Fachrichtung	86
4.2.4.1.3	Sonstige Laufbahnbewerber	86
4.2.4.2	Andere Bewerber	89
4.2.5	Unterscheidung nach dem wahrzunehmenden Amt	89
4.2.5.1	Ämterbeamte	89

4.2.5.2	Amtsbeamte	90
4.2.6	Unterscheidung nach dem Haushaltsrecht	90
4.2.6.1	Landesbeamte	90
4.2.6.2	Kommunalbeamte	91
4.2.7	Beamte mit besonderer Rechtsstellung	91
4.2.7.1	Beamte des Landtags und des Landesrechnungshofs	91
4.2.7.2	Ehrenbeamte	92
4.2.7.3	Polizeivollzugsbeamte	92
4.2.7.4	Kommunale Wahlbeamte	93
4.2.7.5	Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes	94
4.2.7.6	Beamte bei den Justizvollzugsanstalten	94
4.2.7.7	Professoren, Juniorprofessoren sowie sonstige wissenschaftlich und künstlerisch tätige Beamte	94
4.2.8	Politische Beamte	95
5	Ernennung	96
5.1	Bedeutung, Begriff und Rechtsnatur der Ernennung	96
5.1.1	Ernennung als Verwaltungsakt	96
5.1.1.1	Ernennung als rechtsgestaltender Verwaltungsakt	96
5.1.1.2	Ernennung als mitwirkungs- (zustimmungs-) bedürftiger Verwaltungsakt	97
5.1.1.3	Ernennung als formbedürftiger Verwaltungsakt	98
5.1.1.4	Wirksamkeit der Ernennung	99
5.2	Ernennungsfälle	100
5.3	Voraussetzungen der einzelnen Ernennungsfälle in formeller und materieller Hinsicht	101
5.3.1	Begründung des Beamtenverhältnisses (Einstellung)	101
5.3.1.1	Formelle Voraussetzungen für die Begründung des Beamtenverhältnisses	102
5.3.1.1.1	Zuständigkeit	102
5.3.1.1.2	Stellenausschreibung	106
5.3.1.1.3	Formalisiertes Auswahlverfahren	109
5.3.1.1.4	Beteiligung des zu ernennenden Beamten	109
5.3.1.1.5	Beteiligung unterlegener Mitkonkurrenten	110
5.3.1.1.6	Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	111
5.3.1.1.7	Beteiligung des Personalrates	112
5.3.1.1.8	Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	113
5.3.1.1.9	Beteiligung des Landespersonalausschusses	113
5.3.1.1.10	Beteiligung der Aufsichtsbehörde und der Bezirksregierung bei der Ernennung kommunaler Wahlbeamter	114
5.3.1.1.11	Beteiligung anderer Stellen	114
5.3.1.1.12	Ernennungsurkunde	116
5.3.1.1.13	Planstelleneinweisung	119
5.3.1.2	Materielle Voraussetzungen	119
5.3.1.2.1	Dienstherrnfähigkeit	119
5.3.1.2.2	Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse (Aufgaben)	120
5.3.1.2.3	Haushaltsrechtliche Voraussetzungen	121
5.3.1.2.4	Staatsangehörigkeit	122
5.3.1.2.5	Verfassungstreue	127
5.3.1.2.6	Besondere Voraussetzungen je nach Art des zu begründenden Beamten- verhältnisses	131
5.3.1.2.7	Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	133
5.3.1.2.8	Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter	137

5.3.1.2.9	Übung	138
5.3.1.2.10	Amtswürdigkeit	140
5.3.1.2.11	Keine Entfernung aus dem Dienst oder Aberkennung des Ruhegehaltes in einem Disziplinarverfahren	141
5.3.1.2.12	Altersvoraussetzungen	142
5.3.1.2.13	Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (Inkompatibilität)	148
5.3.1.3	Übung	150
5.3.2	Die Umwandlung eines Beamtenverhältnisses in ein solches anderer Art	154
5.3.2.1	Formelle Voraussetzungen	155
5.3.2.1.1	Zuständigkeit	155
5.3.2.1.2	Stellenausschreibung	155
5.3.2.1.3	Formalisiertes Auswahlverfahren	155
5.3.2.1.4	Beteiligung des zu ernennenden Beamten	155
5.3.2.1.5	Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	156
5.3.2.1.6	Beteiligung des Personalrates	156
5.3.2.1.7	Beteiligung des Landespersonalausschusses	156
5.3.2.1.8	Ernennungsurkunde	156
5.3.2.1.9	Planstelleneinweisung	156
5.3.2.2	Materielle Voraussetzungen	157
5.3.2.2.1	Haushaltsrechtliche Voraussetzungen	157
5.3.2.2.2	Besondere Voraussetzungen für die Umwandlung eines Beamten- verhältnisses auf Widerruf in ein Beamtenverhältnis auf Probe	157
5.3.2.2.3	Besondere Voraussetzungen für die Umwandlung eines Beamtenverhältnisses auf Probe in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	158
5.3.3	Die Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Grundgehalt	158
5.3.3.1	Die Verleihung eines Amtes mit höherem Grundgehalt (Beförderung)	158
5.3.3.1.1	Formelle Voraussetzungen	160
5.3.3.1.2	Materielle Voraussetzungen	166
5.3.3.1.3	Beförderungsverbote	167
5.3.3.2	Die Verleihung eines anderen Amtes mit geringerem Endgrundgehalt und anderer Amtsbezeichnung (Rangherabsetzung)	179
5.3.3.2.1	Formelle Voraussetzungen	180
5.3.3.2.2	Materielle Voraussetzungen	181
5.3.4	Die Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung	186
5.3.4.1	Formelle Voraussetzungen	187
5.3.4.1.1	Zuständigkeit	187
5.3.4.1.2	Stellenausschreibung	187
5.3.4.1.3	Formalisiertes Auswahlverfahren	187
5.3.4.1.4	Beteiligung des zu ernennenden Beamten	187
5.3.4.1.5	Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	188
5.3.4.1.6	Beteiligung des Personalrates	188
5.3.4.1.7	Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	188
5.3.4.1.8	Beteiligung des Landespersonalausschusses	188
5.3.4.1.9	Beteiligung anderer Stellen	188
5.3.4.1.10	Ernennungsurkunde	189
5.3.4.1.11	Planstelleneinweisung	189
5.3.4.2	Materielle Voraussetzungen	189
5.3.4.2.1	Haushaltsrechtliche Voraussetzungen	189
5.3.4.2.2	Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	199
5.3.4.2.3	Laufbahnrechtliche Aufstiegsvoraussetzungen	190
5.4	Mängel der Ernennung und ihre Folgen	190
5.4.1	Nichternennung	191

5.4.2	Nichtigkeit von Ernennungen.....	192
5.4.2.1	Urkunde entspricht nicht der in § 8 Abs. 2 BeamStG vorgeschriebenen Form	193
5.4.2.2	Ernennung durch eine sachlich unzuständige Behörde.....	194
5.4.2.3	Ernennung ohne Vorliegen der Staatsangehörigkeitsvoraussetzungen.....	194
5.4.2.4	Fehlende Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter	194
5.4.2.5	Unwirksame Wahl.....	195
5.4.2.6	Verfahren bei Nichtigkeit	195
5.4.2.7	Rechtsfolgen der Nichtigkeit	196
5.4.3	Rücknahme von Ernennungen.....	197
5.4.3.1	Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung	198
5.4.3.2	Amtsunwürdigkeit.....	200
5.4.3.3	Fehlende Staatsangehörigkeitsvoraussetzungen	201
5.4.3.4	Ernennung ohne die durch Landesrecht vorgeschriebene Mitwirkung einer unabhängigen Stelle oder einer Aufsichtsbehörde	201
5.4.3.5	Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder Aberkennung des Ruhegehaltes	201
5.4.3.6	Rücknahmeverfahren	202
5.4.3.7	Rechtsfolgen der Rücknahme.....	202
5.4.3.8	Gerichtliche Aufhebung der Ernennung	203
5.4.3.9	Rechtswidrige, aber wirksame Ernennungen.....	204
5.4.4	Übungen	204
5.5	Anspruch auf Ernennung.....	215
5.5.1	Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	215
5.5.2	Materiell-subjektive Rechte auf Ernennung	217
5.5.2.1	Ausbildungsmonopol des Staates.....	217
5.5.2.2	Anspruch des Polizeivollzugsbeamten auf Umwandlung des Beamten- verhältnisses auf Widerruf in das Beamtenverhältnis auf Probe.....	218
5.5.2.3	Anspruch eines Beamten auf Umwandlung des Beamtenverhältnisses auf Probe in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	219
5.5.2.4	Zusicherung	219
5.5.2.4.1	Formelle Voraussetzungen.....	219
5.5.2.4.2	Materielle Voraussetzungen	220
5.5.2.4.3	Wirksamkeit von Zusicherungen.....	220
5.5.3	Verfahrensrechte im Hinblick auf die Ernennung	221
5.5.3.1	Stellenausschreibung	221
5.5.3.2	Unterrichtung nicht berücksichtigter Bewerberinnen und Bewerber.....	222
5.5.3.3	Akteneinsicht.....	223
5.5.3.4	Bevollmächtigte und Beistand	223
6	Laufbahnrecht	224
6.1	Bestimmungsfaktoren der Laufbahn	229
6.1.1	Laufbahngruppe und Laufbahngruppensystem	229
6.1.2	Laufbahnabschnitte und Laufbahnsystem nach der Laufbahnverordnung der Polizei.....	231
6.1.3	Fachrichtung	232
6.2	Befähigung	233
6.2.1	Befähigungserwerb für Laufbahnbewerber	233
6.2.1.1	Zugangsvoraussetzungen	234
6.2.1.2	Laufbahnen mit Vorbereitungsdienst	235
6.2.1.3	Laufbahnen besonderer Fachrichtungen	239
6.2.2	Sonstige Fälle des Erwerbs der Laufbahnbefähigung	242
6.2.3	Andere Bewerber.....	242

6.3	Probezeit.....	245
6.3.1	Art und Dauer der Probezeit	246
6.3.1.1	Kürzung der Probezeit durch Anrechnung.....	246
6.3.1.1.1	Dienstzeiten und hauptberufliche Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.....	247
6.3.1.1.2	Hauptberufliche Tätigkeit	248
6.3.1.2	Nichtberücksichtigung von Zeiten und Verlängerung der Probezeit.....	249
6.3.1.2.1	Beurlaubungs- und Krankheitszeiten.....	249
6.3.1.2.2	Unterhältige Teilzeitbeschäftigung	250
6.3.1.3	Verlängerung der Probezeit wegen Nichtbewährung.....	251
6.3.1.4	Verlängerung der Probezeit nach sondergesetzlichen Bestimmungen	251
6.3.2	Probezeit im Polizeivollzugsdienst.....	252
6.3.3	Zusammenfassende Übersicht	252
6.3.4	Übungen	253
6.4	Laufbahnwechsel	257
6.4.1	Laufbahnwechsel in ein nichtstatusgleiches Amt	258
6.4.1.1	Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe	258
6.4.1.1.1	Aufstieg von der der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes	258
6.4.1.1.2	Aufstieg im Polizeivollzugsdienst.....	264
6.4.1.2	Abstieg in die nächstniedrigere Laufbahngruppe	265
6.4.1.2.1	Nichtbewährung in der Probezeit.....	266
6.4.1.2.2	Nichtbestehen der Laufbahnprüfung	266
6.4.1.2.3	Versetzung in ein Amt der nächstniedrigeren Laufbahngruppe auf Antrag	267
6.4.2	Laufbahnwechsel in ein statusgleiches Amt	267
6.4.2.1	Außerhalb dvon Nordrhein-Westfalen erworbene Befähigungen.....	269
6.4.2.2	Wechsel von Beamten anderer Laufbahnen in den Polizeivollzugsdienst.....	270
6.4.2.3	Wechsel von Polizeivollzugsbeamten anderer Dienstherren in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen	270
6.4.3	Berufliche Entwicklung innerhalb der Laufbahngruppe 2.....	271
6.4.3.1	Modulare Qualifizierung	271
6.4.3.2	Masterstudium	273
6.4.3.3	Masterstudium mit dem Ziel der Spezialisierung.....	276
6.4.4	Übungen	278
7	Änderung des funktionellen Amtes und Maßnahmen bei der Umbildung von Behörden und Körperschaften.....	283
7.1	Änderung des funktionellen Amtes	283
7.1.1	Versetzung	285
7.1.1.1	Versetzung nach dem Landesbeamtengesetz	287
7.1.1.1.1	Versetzung nach § 25 Abs. 2 Satz 1 LBG auf Antrag oder mit Zustimmung des Beamten.....	288
7.1.1.1.2	Versetzung nach § 25 Abs. 2 Satz 2 LBG ohne Zustimmung des Beamten	288
7.1.1.1.3	Versetzung nach § 25 Abs. 3 LBG ohne Zustimmung des Beamten.....	289
7.1.1.1.4	Statusrechtliche Versetzung nach § 26 Abs. 2 Satz 1 LBG ohne Zustimmung des Beamten.....	290
7.1.1.2	Versetzung nach dem Beamtenstatusgesetz.....	290
7.1.1.3	Formelle und materielle Voraussetzungen der Versetzung.....	291
7.1.1.3.1	Formelle Voraussetzungen.....	291
7.1.1.3.2	Materielle Voraussetzungen	295
7.1.2	Abordnung	296
7.1.2.1	Abordnung nach dem Landesbeamtengesetz	298

7.1.2.2	Abordnung nach dem Beamtenstatusgesetz.....	299
7.1.2.3	Formelle und materielle Voraussetzungen der Abordnung.....	300
7.1.2.3.1	Formelle Voraussetzungen.....	300
7.1.2.3.2	Materielle Voraussetzungen	302
7.1.3	Umsetzung	303
7.1.3.1	Formelle Voraussetzungen.....	304
7.1.3.2	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	305
7.1.4	Organisationsverfügung (Geschäftsplanänderung).....	306
7.1.5	Zuweisung einer Tätigkeit bei anderen Einrichtungen.....	306
7.2	Maßnahmen bei der Umbildung, Auflösung usw. von Behörden und Körperschaften...	308
7.3	Versetzung aus disziplinarrechtlichen Gründen - Rangherabsetzung	309
7.4	Übung	310
8	Rechtsstellung des Beamten mit Berücksichtigung berufsethischer Fragen	316
8.1	Beamtenpflichten	316
8.1.1	Allgemeine Pflichten.....	317
8.1.1.1	Pflichten politischer Art.....	318
8.1.1.1.1	Pflicht zum Dienst am ganzen Volk	318
8.1.1.1.2	Neutralitätspflicht	319
8.1.1.1.3	Pflicht zum Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung	320
8.1.1.1.4	Pflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung	324
8.1.1.1.5	Übungen.....	325
8.1.1.2	Pflichten innerhalb des Dienstes	327
8.1.1.2.1	Pflicht zur vollen Hingabe im Beruf	327
8.1.1.2.2	Pflicht zur gerechten, unparteiischen und uneigennütigen Amtsführung	336
8.1.1.2.3	Pflicht zum Gehorsam, zur Beratung und Unterstützung der Vorgesetzten.....	337
8.1.1.2.4	Gehorsamspflicht und strafrechtliche Schweigepflicht	339
8.1.1.2.5	Pflicht zu achtungs- und vertrauenswürdigem Verhalten im Dienst.....	340
8.1.1.2.6	Übungen.....	342
8.1.1.2.7	Pflicht zur Einhaltung des Dienstweges	343
8.1.1.3	Pflichten außerhalb des Dienstes	343
8.1.1.4	Übungen	345
8.1.2	Besondere Pflichten	347
8.1.2.1	Verpflichtungen für den Beamten.....	347
8.1.2.1.1	Pflicht zur Leistung des Dienstes	347
8.1.2.1.2	Pflicht zur Dienstleistung.....	349
8.1.2.1.3	Pflicht zur Verschwiegenheit	351
8.1.2.1.4	Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung.....	353
8.1.2.2	Einschränkungen für den Beamten.....	354
8.1.2.2.1	Ausübung einer Nebentätigkeit	355
8.1.2.2.2	Pflicht zur Wohnsitznahme	360
8.1.2.2.3	Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken.....	360
8.1.3	Disziplinarrechtliche Konsequenzen bei Pflichtverletzungen	363
8.2	Beamtenrechte	365
8.2.1	Nichtvermögenswerte Rechte.....	366
8.2.1.1	Recht auf Anhörung und Beratung.....	366
8.2.1.2	Recht auf Fürsorge und Schutz.....	367
8.2.1.2.1	Unterstützung der Behörde bei Rechtsschutzangelegenheiten	368
8.2.1.2.2	Beachtung der Rechtsstellung des Beamten	368
8.2.1.2.3	Gerechte und wohlwollende Behandlung des Beamten.....	369

8.2.1.2.4	Offenes und vertrauensvolles Verhalten gegenüber dem Beamten	370
8.2.1.2.5	Wahrung der Rechte des Beamten und Bewahrung vor Schaden	370
8.2.1.2.6	Schutz der Gesundheit, des Eigentums und der Ehre	371
8.2.1.2.7	Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz	374
8.2.1.2.8	Schutz in besonderen Lebenssituationen wie Schwangerschaft, Mutterschaft, Schutz für Jugendliche und Behinderte	376
8.2.1.2.9	Schutz und Förderung von Frauen	377
8.2.1.3	Amtsbezogene Rechte	380
8.2.1.3.1	Recht auf Amtsausübung	380
8.2.1.3.2	Recht auf Befreiung von der Amtsausübung	381
8.2.1.3.3	Recht auf Führung der Amts- und Dienstbezeichnung	382
8.2.1.3.4	Recht auf Fortbildung	383
8.2.1.3.5	Anspruch auf Amts- und Dienstkleidung	384
8.2.1.4	Einzelrechte persönlicher Art	385
8.2.1.4.1	Urlaubsanspruch / Dienstbefreiung aus besonderen Gründen	385
8.2.1.4.2	Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung	393
8.2.1.4.3	Anspruch auf ordnungsgemäße Führung der Personalakte	394
8.2.1.4.4	Anspruch auf Beurteilung / Zeugniserteilung / Beurteilung	398
8.2.1.4.5	Antrags-, Beschwerde- und Klagerecht	403
8.2.2	Vermögenswerte Rechte	403
8.2.2.1	Lebensunterhalt	403
8.2.2.1.1	Besoldung / Dienstbezüge	405
8.2.2.1.2	Anwärterbezüge	421
8.2.2.1.3	Vermögenswirksame Leistungen	421
8.2.2.1.4	Versorgungsbezüge	422
8.2.2.2	Ausgleich dienstlicher Sonderbelastungen	431
8.2.2.2.1	Reisekosten	431
8.2.2.2.2	Umzugskosten	432
8.2.2.2.3	Mehrarbeitsvergütung	433
8.2.2.2.4	Ersatz von Schäden des Beamten	434
8.2.2.3	Außerdienstliche Sonderbelastungen	435
8.2.2.3.1	Jährliche Sonderzahlung	435
8.2.2.3.2	Beihilfen	436
8.2.2.3.2	Freie Heilfürsorge	439
8.2.2.3.4	Gehaltsvorschüsse und Unterstützungen	440
8.3	Übungen	440
9	Folgen von Pflichtverletzungen	446
9.1	Pflichtverletzung durch Beamte	446
9.1.1	Vermögensrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	447
9.1.1.1	Schadensersatz	448
9.1.1.1.1	Fremdschäden bei Amtspflichtverletzung	448
9.1.1.1.2	Eigenschäden des Dienstherrn bei Ausübung hoheitlicher oder fiskalischer Tätigkeit	449
9.1.1.1.3	Ersatzleistungen des Dienstherrn gegenüber Dritten für Fremdschäden bei hoheitlicher oder fiskalischer Tätigkeit	450
9.1.1.1.4	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme bei Eigen- und Fremdschäden	451
9.1.1.2	Erstattungsansprüche des Dienstherrn gegenüber dem Beamten (Rückforderung von Bezügen)	453
9.1.1.3	Verlust von Leistungen	454
9.1.1.3.1	Verlust der Dienstbezüge	454

9.1.1.3.2	Verlust des Anspruchs auf Leistungen bei Entlassung	455
9.1.1.3.3	Verlust des Anspruchs auf Leistungen bei Verlust der Beamtenrechte	455
9.1.1.3.4	Verlust von Leistungen nach dem Landesdisziplinargesetz.....	456
9.1.2	Beamtenrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	456
9.1.2.1	Missbilligung.....	456
9.1.2.2	Herausgabeanspruch	457
9.1.2.3	Disziplinarrechtliche Verfolgung von Pflichtverletzungen	457
9.1.2.3.1	Disziplinarmaßnahmen.....	458
9.1.2.3.2	Zuständigkeit für die einzelnen Disziplinarmaßnahmen.....	463
9.1.2.3.3	Durchführung des Verfahrens	464
9.1.2.4	Personalmaßnahmen	466
9.1.2.5	Verbot der Führung der Dienstgeschäfte	467
9.1.2.6	Sonstige Konsequenzen.....	467
9.1.3	Strafrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	468
9.2	Pflichtverletzung durch den Dienstherrn.....	468
9.2.1	Anspruch auf Erfüllung	469
9.2.1.1	Anspruch auf Erfüllung vermögenswerter Rechte.....	469
9.2.1.2	Anspruch auf Erfüllung nicht vermögenswerter Rechte	469
9.2.2	Anspruch auf Beseitigung nachteiliger Folgen.....	470
9.2.3	Anspruch auf Schadensersatz.....	471
10	Beendigung des Beamtenverhältnisses	472
10.1	Entlassung	472
10.1.1	Entlassung kraft Gesetzes	473
10.1.1.1	Verlust der erforderlichen Staatsangehörigkeit (§ 22 Abs. 1 Nr. 1 BeamStG)	474
10.1.1.2	Erreichen der Altersgrenze, wenn das Beamtenverhältnis nicht durch den Eintritt in den Ruhestand endet (§ 22 Abs. 1 Nr. 2 BeamStG, § 41 LBG)	476
10.1.1.3	Eintritt in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn § 22 Abs. 2 BeamStG	476
10.1.1.3.1	Ausnahmetatbestände	476
10.1.1.4	Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit zu demselben Dienstherrn.....	477
10.1.1.5	Ablegung oder endgültiges Nichtbestehen der Laufbahnprüfung (§ 22 Abs. 4 BeamStG).....	477
10.1.1.6	Entlassung von Beamten mit leitender Funktion aus dem Beamtenverhältnis auf Probe (§ 22 Abs. 5 BeamStG)	478
10.1.1.7	Ablauf der Amtszeit bei Bürgermeistern und Landräten ohne Erfüllung der Dienstzeitvoraussetzungen für den Eintritt in den Ruhestand (§ 118 Abs. 4 Satz 4 und Abs. 10 LBG)	479
10.1.1.8	Ablauf der Amtszeit von Beamten auf Zeit ohne ausreichende Dienstzeit.....	480
10.1.1.9	Beendigung der Amtszeit von Juniorprofessoren auf Zeit (§ 124 Abs. 1 Satz 6 Halbsatz 2 LBG).....	480
10.1.1.10	Zuständigkeit und Verfahren für den Fall der Entlassung kraft Gesetzes	480
10.1.1.10.1	Zeitpunkt der Entlassung kraft Gesetzes	480
10.1.1.10.2	Feststellung der Voraussetzungen der Entlassung	481
10.1.1.11	Rechtsfolgen der Entlassung (Wirkung)	481
10.1.1.12	Übung.....	481
10.1.2	Entlassung durch Verwaltungsakt.....	482
10.1.2.1	Formelle Voraussetzungen.....	484
10.1.2.1.1	Zuständigkeit.....	485
10.1.2.1.2	Form, Bestimmtheit und Begründung	485
10.1.2.1.3	Frist	485

10.1.2.1.4	Zustellung	485
10.1.2.1.5	Beteiligungen.....	485
10.1.2.2	Materielle Voraussetzungen	486
10.1.2.2.1	Entlassung durch obligatorischen Verwaltungsakt	487
10.1.2.2.2	Entlassung durch fakultativen Verwaltungsakt	491
10.1.3	Übung.....	495
10.2	Verlust der Beamtenrechte	498
10.2.1	Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen einer vorsätzlichen Tat	498
10.2.2	Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen Friedens-verrats, Hochverrats, Gefährdung des demokratischen Rechts-staates, Landesverrats und Gefährdung der äußeren Sicherheit oder Bestechlichkeit.....	499
10.2.3	Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter.....	500
10.2.4	Verwirkung von Grundrechten	500
10.2.5	Wirkung des Verlustes der Beamtenrechte	501
10.3	Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	501
10.4	Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand	502
10.4.1	Eintritt in den Ruhestand kraft Gesetzes durch Erreichen der Altersgrenze	502
10.4.2	Eintritt in den Ruhestand durch Verwaltungsakt.....	505
10.4.3	Formelle Voraussetzungen.....	505
10.4.3.1	Zuständigkeit	505
10.4.3.2	Form, Bestimmtheit und Begründung	506
10.4.3.3	Zustellung	506
10.4.3.4	Beteiligungen	506
10.4.4	Materielle Voraussetzungen	507
10.4.4.1	Dienstunfähigkeit bei Beamten auf Lebenszeit und auf Zeit	507
10.4.4.2	Dienstunfähigkeit bei Beamten auf Probe	510
10.4.4.3	Eintritt in den dauernden Ruhestand auf Antrag (Antragsaltersgrenze).....	511
10.4.5	Eintritt in den einstweiligen Ruhestand politischer Beamter	511
10.4.6	Eintritt in den einstweiligen Ruhestand bei der Auflösung oder Umbildung von Behörden	512
10.4.7	Übungen	512
10.5	Rechtsfolgen der Beendigung von Beamtenverhältnissen	516
10.5.1	Rechtsfolgen der Entlassung.....	516
10.5.2	Rechtsfolgen des Eintritts in den Ruhestand	517
10.5.2.1	Dauernder Ruhestand	517
10.5.2.2	Einstweiliger Ruhestand.....	517
11	Beschwerdeweg und Rechtsschutz	518
11.1	Außergerichtliche Rechtsbehelfe	519
11.1.1	Außergerichtliche formlose Rechtsbehelfe	519
11.1.1.1	Anträge und Beschwerden	519
11.1.1.2	Remonstration (Gegenvorstellung).....	520
11.1.1.3	Petitionen	520
11.1.1.4	Beschwerden an Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung.....	521
11.1.1.5	Anrufung des Datenschutzbeauftragten	522
11.1.1.6	Antrag nach § 18 Abs. 1 LDG	522
11.1.1.7	Gnadengesuch.....	522
11.1.1.7.1	Gnadengesuch nach dem Landesbeamtengesetz.....	522
11.1.1.7.2	Gnadengesuch nach der Disziplinarordnung.....	523

11.1.2	Außergerichtliche förmliche Rechtsbehelfe	523
11.1.2.1	Widerspruch.....	523
11.1.2.1.1	Zulässigkeit des Widerspruchs	525
11.1.2.1.2	Formelle und materielle Begründetheit.....	529
11.1.2.1.3	Widerspruchsbescheid	530
11.1.2.1.4	Abhilfebescheid	531
11.1.2.2	Einwand bei beabsichtigter Versetzung in den Ruhestand nach § 34 Abs. 1 Satz 1 LBG	531
11.1.2.3	Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens	531
11.2	Gerichtliche Rechtsbehelfe	532
11.2.1	Förmliche gerichtliche Rechtsbehelfe	532
11.2.1.1	Klage vor dem Verwaltungsgericht.....	532
11.2.1.2	Klage vor dem Disziplinargericht.....	534
11.2.1.3	Klage vor dem Finanzgericht	534
11.2.1.4	Klage vor dem Zivilgericht	534
11.2.1.5	Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht.....	535
12	Grundlagen des Personalvertretungsrechts.....	536
12.1	Begriffsbestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes	537
12.1.1	Dienststellen.....	537
12.1.2	Nebenstellen.....	537
12.1.3	Beschäftigte	537
12.2	Der Personalrat	538
12.2.1	Wahl und Zusammensetzung des Personalrats / Geschäftsführung	539
12.2.2	Organisation des Personalrates, sowie der Jugend- und Auszubildendenvertretung.	540
12.3	Formen der Beteiligung der Personalvertretung	541
12.3.1	Mitbestimmung	542
12.3.2	Mitwirkung	547
12.3.3	Anhörung	547
12.4	Beteiligungsverfahren	548
12.4.1	Beteiligungsverfahren im Rahmen der Mitbestimmung in der Landesverwaltung	549
12.4.2	Beteiligungsverfahren im Rahmen der Mitbestimmung in Gemeinden, Gemeindeverbänden und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	550
12.4.3	Beteiligungsverfahren im Rahmen der Mitwirkung	551
12.5	Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern	551
	Stichwortverzeichnis	554